

## KURZ NOTIERT

**Interkulturelle und interreligiöse Konflikte lösen**

WUPPERTAL – Die Evangelische Akademie Villigst bietet vom 11. bis 15. Juli im Tagungszentrum in Wuppertal eine Weiterbildung in interkultureller Mediation an.

Mediation ist ein Verfahren, das es ermöglicht, Konflikte aufzudecken und durch die Hilfe eines allparteilichen Dritten, der zwischen den Konfliktparteien vermittelt, konstruktiv zu lösen. Unterschiedliche Wahrnehmungen werden thematisiert und reflektiert und dadurch neue Perspektiven auf die konflikthafte Situation ermöglicht. Darauf basierend erarbeiten die Parteien gemeinsame Lösungsansätze.

Funktioniert Mediation aber auch zwischen Angehörigen unterschiedlicher kultureller Prägungen oder Religionszugehörigkeiten? Gibt es also eine „interkulturelle Mediation“ und wenn ja, was unterscheidet sie von anderen Konflikt- und Lösungsansätzen? Wie kann man die zusätzlichen Deutungsebenen, aber auch Möglichkeiten für Missverständnisse, wie unterschiedliche Gewohnheiten, Weltanschauungen und Kommunikationsmuster nutzbar machen, so dass Vielfalt im Idealfall nicht als zusätzlicher Störfaktor, sondern bereichernd erlebt wird?

Diese Fragen stehen im Zentrum des Intensivkurses, in dem die Grundlagen der Mediation in interkulturellen Kontexten theoretisch vermittelt und praktisch anhand von Fallbeispielen eingeübt und gemeinsam reflektiert werden. Eigene Beispiele können eingebracht werden. Spielerische Übungen und Filmangebote runden das Programm ab. UK

■ *Weitere Informationen: Sabine Mathiak, Telefon: (0 23 04) 7 55-3 25, E-Mail: sabine.mathiak@kircheundgesellschaft.de.*

**Neues Halbjahresprogramm der Akademie Villigst**

SCHWERTE – Der Zuzug vieler Menschen nach Deutschland bringt eine Menge Bewegung mit sich. Nicht nur praktische Dinge gilt es zu regeln, wie die Versorgung, Unterbringung und Eingliederung der Flüchtenden. Auch unser eigenes kulturelles, soziales und gesellschaftliches Selbstverständnis wird neu verortet werden. Die Dynamik, mit der das geschieht, erfasst die deutsche Gesellschaft auf allen Ebenen und fordert auch zu religiösen Standortbestimmungen heraus.

Im neuen Halbjahresprogramm der Evangelischen Akademie Villigst gibt es dazu eine Reihe von Veranstaltungen im interreligiösen und interkulturellen Bereich. Daneben bleiben die Herausforderungen durch Krieg, dauerhaft bedrohtes friedliches Zusammenleben, die mehr denn je ungewisse Zukunft Afghanistans sowie die Herausforderungen durch neue Asyl- und Integrationsregeln zentrale Tagungsthemen.

Doch auch andere Felder in unserer Akademiearbeit bleiben in den kommenden Monaten nicht unbestellt: Das gegenwärtige und historische Verhältnis von Russland und Deutschland wird Thema sein ebenso wie die Zukunft der Landwirtschaft; die Rolle Europas als Friedensprojekt nach innen und außen ebenso wie die Perspektiven von Familie und Kindheit. Und: Steht eine neue Kulturrevolution an, verkörpert durch den digitalen Wandel? – Die Akademie will der Blick schärfen für Dinge, die einen Impuls zum Nachdenken auslösen können.

Individuelles Leben mit sozialer und gesellschaftlicher Verortung will die Akademie mit ihren spirituellen und kreativen Angeboten verbinden. Spiritualität als Lebenspraxis ist das Programm mit Malerei, Meditation oder Tanz, Märchen, Qigong oder Yoga, das die Akademie bewusst neben „Diskurse und Dispute“ stellt. UK

■ *Weitere Informationen auf der Internetseite: [www.akademie-villigst.de/](http://www.akademie-villigst.de/).*

# Weniger ist mehr

**KLIMASCHUTZ** Die Landesregierung will NRW zum Vorreiter machen. Mitbeteiligt an dem im Dezember 2015 verabschiedeten ersten Klimaschutzplan waren auch Fachleute der westfälischen Kirche

VON JUDITH KUHN

Mit einer ambitionierten Klimaschutzpolitik möchte die Landesregierung Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter beim Klimaschutz machen. Seit Dezember 2015 ist sie diesem Ziel einen Schritt näher gekommen. Knapp drei Jahre nach Beschluss des Klimaschutzgesetzes NRW verabschiedete der Landtag am 17. Dezember den ersten Klimaschutzplan für NRW.

Der Plan wurde mit breiter Beteiligung der Öffentlichkeit erstellt. Auch Expertinnen und Experten der Evangelischen Kirche von Westfalen arbeiteten intensiv gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Wissenschaft, Kommunen, Wirtschafts- und Umweltverbänden daran mit.

Als zentrales Instrument der Klimapolitik in NRW umfasst der Plan über 200 Maßnahmen für den Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Er konkretisiert damit die Strategien und Maßnahmen, mit denen die Ziele des NRW-Klimaschutzgesetzes erreicht werden sollen:

■ **Reduktion** der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent (jeweils im Vergleich zum Jahr 1990) sowie

■ **Anpassung** an die Folgen des Klimawandels.

Zukünftige Entwicklungen



Den Ausstoß der klimaschädlichen Treibhausgase wie Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) zu senken, ist eines der wichtigsten Ziele des Ende 2015 in Paris beschlossenen Klima-Abkommens. FOTO: FOTOLIA

können nur schwer abgeschätzt werden. Deswegen gilt es, Strategien und Maßnahmen kontinuierlich zu überprüfen, an neue Rahmenbedingungen und technische Entwicklungen anzupassen und bei Bedarf zu ergänzen.

Dies wird geleistet durch einen Sachverständigenrat, besetzt mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, sowie durch die bei der Erstellung des Klimaschutzplans beteiligten Gruppen – darunter auch die Evangelische Kirche von Westfalen. Deren Fachleute werden

darauf achten, dass ehrgeiziger Klimaschutz dauerhaft Verankerung findet. Der Klimaschutzplan wird zudem alle fünf Jahre fortgeschrieben.

Nordrhein-Westfalen leistet damit zugleich einen Beitrag zur Einhaltung der deutschen Klimaschutzziele. Auf nationaler Ebene wird derzeit, ähnlich wie bereits in NRW geschehen, ein Klimaschutzplan partizipativ erarbeitet. Vor dem Hintergrund des Ende 2015 in Paris beschlossenen Klima-Abkommens, mit dem sich die Weltgemeinschaft völkerrechtlich

verbindlich dazu verpflichtet, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius (besser noch 1,5 Grad Celsius) gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen, hat die Bundesregierung einen Dialogprozess zum Klimaschutzplan 2050 angestoßen.

Das Ziel, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren (bezogen auf das Basisjahr 1990), soll in einem breiten Dialogprozess mit Maßnahmen unterlegt werden. Damit der langfristig angelegte Klimaschutzplan in Gesellschaft und Wirtschaft auf Akzeptanz stößt, hat die Bundesregierung im Sommer 2015 Bundesländer, Kommunen und Verbände sowie Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, Maßnahmen vorzuschlagen, mit denen die langfristigen Klimaziele erreicht werden können.

Die Regierung wird diese Vorschläge im Rahmen der Erarbeitung des Klimaschutzplans 2050 prüfen und dazu Stellung nehmen. Die Bundesregierung wird, ähnlich wie die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, den Klimaschutzplan danach regelmäßig überprüfen und fortschreiben.

■ *Die Autorin, Judith Kuhn, ist Referentin für Klima- und Energiepolitik im Fachbereich Nachhaltige Entwicklung des Instituts für Kirche und Gesellschaft (IKG).*

## Mindestens eine Generation dauert's

**INTERVIEW** Edgar L. Born über Integration und Inklusion, was das für die Geflüchteten bedeutet, was schnell und was weiter zu tun ist und dass das alles nur gemeinsam gelingen kann

„Ich bin ich. Vom Integrieren und Integriertwerden“ ist ein Vortrag von Edgar L. Born übergeschrieben. Der Referent für Integration im Institut für Kirche und Gesellschaft (IKG) der Evangelischen Kirche von Westfalen ist in der neuen IKG-Arbeitsgruppe „Flucht, Migration und Integration“ zuständig für das Thema „Integration von Flüchtlingen“. Mit ihm sprach Christa Martens, Öffentlichkeitsreferentin des IKG.

■ *Das Thema „Integration“ ist in aller Munde. Besonders im Blick auf die Integration der zu uns geflüchteten Menschen melden sich viele Menschen mit den unterschiedlichsten Meinungen und Vorschlägen zu Wort.*

Dass sich viele Menschen zu Wort melden, ist an sich nicht unerfreulich. Im Gegenteil. Aber es sollten nicht zuerst fertige Antworten gegeben, sondern die richtigen Fragen gestellt werden. Zum Beispiel: „Wer integriert eigentlich wen? Wer setzt fest, was Integration ist und wann jemand integriert ist?“ Gilt: „Ich sage dir, wann du integriert bist“ oder: „Du sagst mir, wann du integriert bist“?

■ *Überfordert das nicht Neuzugewanderte?*

Es geht dabei vor allem um Respekt. Darum, die zu uns geflüchteten Menschen als Subjekt ihrer Integration anzusehen. Das wäre das richtige Signal. Nicht Integra-

tion als Forderung entgegenhalten, sondern das Versprechen zu geben, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen, damit Integration insgesamt gelingen kann.

Unsere Gesellschaft ist vielgestaltig in ihren verschiedenen Milieus, Herkunft und Prägungen. Vielgestaltig sind auch die Lebenswelten, die Geflüchtete mitbringen. Die entscheidende Frage ist: Wie können die vielgestaltigen Lebenswelten miteinander solidarisch verbunden werden, ohne dass jemand sich selbst aufgeben muss?

Integration geschieht gegenwärtig – nicht zuletzt durch die vielen Ehrenamtlichen, die viel Zeit und Kraft in das Miteinander mit Geflüchteten investieren.

■ *Ist Integration noch der richtige Begriff?*

Sehr sinnvoll fand ich Integration im Blick auf Menschen mit Einschränkungen. Ich habe ihn während meines Studiums in den 70er Jahren in Bethel als sehr fortschrittlich kennengelernt.

■ *Inwiefern fortschrittlich?*

„Behinderte“, wie man sie damals nannte, wurden vielfach in großen Einrichtungen untergebracht und so von den so genannten „Normalen“ getrennt. Integration meinte: Lasst sie teilnehmen. Integration setzte auf Begegnung. Und da können beide Seiten profitieren – hoffte man. Menschen mit Einschränkungen wurden selbstbewusster, wollten ernst genommen werden als eigenständiges



Gegenüber. Bundespräsident Richard von Weizsäcker beschrieb in seiner Rede zum 8. Mai 1985 den Lernprozess: „Was wir zu lernen haben, ist so schwer und doch so einfach und klar: Es ist normal, verschieden zu sein.“

■ *Ist man heute im Kontext von Menschen mit Einschränkungen nicht weiter und spricht von Inklusion?*

Genau. Inklusion ist sozusagen die nächste Stufe: Inklusion meint Teilhabe, nicht nur Teilnehmen. Inklusion will Vielfalt gestalten. Und dabei gilt es, Inklusion umfassend zu denken längs der gesellschaftlichen Trennlinien. Damit sind Prozesse der echten Teilhabe zu begreifen für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, für Menschen mit und ohne Einschränkung. Relevant wird es auch in der Genderfrage. Identitäten sind zu stärken, Chancengleichheit und die Vielfalt der Kulturen ist vernünftig zu gestalten.

■ *Was bedeutet das für die Geflüchteten?*

Dass ihre Inklusion oder Integration von Anfang an gefördert wird. Denn Integration ist ein Prozess,

der mit der Einreise beginnt und mindestens eine Generation dauert. Keine Zeit verlieren! Konkret heißt das, Geflüchtete so schnell wie möglich in kleinere Unterkünfte übersiedeln. Denn wir wissen aus Erfahrung, dass Massenunterkünfte ohne Privatsphäre krank machen können. Also: Menschen nicht durch jahrelange Wartezeiten zur Untätigkeit verurteilen. Damit verbunden: Spracherwerb so schnell wie möglich ermöglichen, damit Menschen sich im Alltag zurechtfinden. Und frühe Eignungsprüfung und flexible Einstiege in den Arbeitsmarkt.

■ *Wird das von der Politik auch so gesehen?*

Wir haben in der Tat das Problem, dass innenpolitische Entscheidungen wie die sogenannten Asylpakete der Integrationspolitik entgegenlaufen oder sie sogar unmöglich machen können. Aber es gibt auch sehr ermutigende Zeichen. In unserem Bundesland wird gegenwärtig der Integrationsplan NRW diskutiert. Ich habe es als sehr förderlich erlebt, dass die Ausschüsse des Landtages sich sehr viel Zeit genommen haben, Experten aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft auszufragen und anzuhören.

Die Politikmachenden haben nicht nur sehr gut zugehört, sondern sind jetzt dabei, die Anregungen in den Integrationsplan einzuarbeiten. Integration beziehungsweise Inklusion können wir nur gemeinsam leisten.